



Abkommen mit Frankreich über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen oder Unglücksfällen, die radiologische Auswirkungen haben können, und den Informationsaustausch auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit

Aufgrund des Antrags des EDA vom 14. April 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Es werden gutgeheissen und unterzeichnet:
 - a. Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques.
 - b. Echange de lettres entre le Chef du Département fédéral des affaires étrangères et l'Ambassadeur de France en Suisse sur l'application de l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques.
 - c. Echange de lettres entre le Chef du Département fédéral des affaires étrangères et l'Ambassadeur de France en Suisse sur l'institution d'une Commission mixte franco-suisse de sûreté nucléaire (im Sinne eines Bagatellvertrags).
2. Der Vorsteher des EDA wird zur Unterzeichnung bevollmächtigt.
3. Das EDA wird ermächtigt, dem französischen Aussenministerium die Erfüllung der verfassungsmässigen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Abkommens und der Briefwechsel zu notifizieren.
4. Die BK erstellt die Vollmacht zur Unterzeichnung des Abkommens und der Briefwechsel.

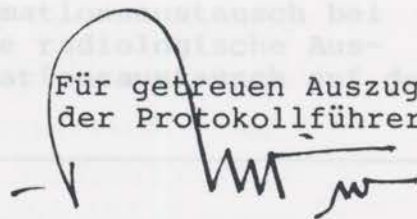
EIDGENÖSSLICHE DEPARTMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

5. Der Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements bezeichnet den Vorsitzenden der schweizerischen Delegation in der Gemischten Kommission. Dieser ist ermächtigt, die nötigen Experten von Bund, Kantonen und der Wissenschaft beizuziehen.
6. Das EDA wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei, die Veröffentlichung des Abkommens und den Briefwechsel in der Amtlichen Sammlung des Bundesrats zu veranlassen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:



Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
		EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
	X	EVED	10	-
	X	BK	6	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

s.o.685.
p.B.51.20.13.

Bern, den 14. April 1989

An den Bundesrat

Abkommen mit Frankreich über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen oder Unglücksfällen, die radiologische Auswirkungen haben können, und den Informationsaustausch auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit

1. Mit Beschluss vom 12. August 1987 hat der Bundesrat das Departement für auswärtige Angelegenheiten, das Departement des Innern und das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement beauftragt, mit Frankreich Verhandlungen aufzunehmen zur Verbesserung der Warnung und Alarmierung bei radiologischer Gefährdung und zur raschen Information über nicht sicherheitsrelevante Ereignisse in Kernanlagen. Das Abkommen vom 18. Oktober 1979 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Französischen Republik über den Informationsaustausch bei radiologischen Zwischenfällen (SR 0.732.323.49) und der unveröffentlichte Notenwechsel vom 25. März 1986/15. Januar 1987 zwischen dem französischen Aussenministerium und der schweizerischen Botschaft in Paris über die Information über Vorfälle im schnellen Brüter "Superphénix" von Creys-Malville wurden als ungenügend betrachtet.

Frankreich hat sich den schweizerischen Begehren gegenüber offen gezeigt. In drei Verhandlungsrunden einigte man sich grundsätzlich auf die als Beilage beigefügten Texte zu einem revidierten Abkommen über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen oder Unglücksfällen, die radiologische Auswirkungen haben können, und einem Abkommen über den Informationsaustausch auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit.

2. Das Abkommen über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen wird durch einen Briefwechsel über die Meldewege ergänzt. Die wesentlichen Neuerungen sind die folgenden:
- a. Namentliche Aufzählung der Kernkraftwerke, über die informiert werden muss: alle schweizerischen und in Frankreich Bugey (Departement Ain), Fessenheim (Haut- Rhin) und Creys-Malville (Isère).
 - b. Eine neue Bestimmung (Artikel 12) verpflichtet zur gegenseitigen Informierung nicht nur über Unfälle mit radiologischen Auswirkungen, die das andere Land berühren könnten, sondern auch über Ereignisse ohne radiologische Auswirkungen, die Gegenstand der Information der Öffentlichkeit sein können, z.B. beabsichtigtes oder unbeabsichtigtes Abschalten eines Reaktors oder die Risse in einem Brennstoffbehälter des Superphénix, die 1987 zur vorläufigen Stilllegung des Werks führten.
 - c. Die Meldewege sind vereinfacht und klar geregelt. Während in der Schweiz von jeher die Nationale Alarmzentrale in Zürich (NAZ) zuständige Meldestelle ist, waren es in Frankreich die Präfekturen der Grenzdepartemente, wo die Verpflichtungen aus dem Abkommen von 1979 nicht immer klar zu sein schienen. Primäre Meldestellen sind nunmehr der Centre opérationnel de la Direction de la défense et de la sécurité civile in Paris (CODISC) und gemäss dem Wiener Uebereinkommen von 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen die Kontaktstelle beim Aussenministerium.
 - d. Meldungen über Zwischenfälle ohne radiologische Auswirkungen erfolgen zunächst zwischen NAZ und CODISC, spätere Auskünfte zwischen den zuständigen Aufsichtsbehörden (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen in Würenlingen und Service central de la sûreté des installations nucléaires in Paris).

3. Das Abkommen über den Informationsaustausch auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit sieht die Schaffung einer Gemischten Kommission vor, in der Fragen der nuklearen Sicherheit erörtert werden. Es geht weniger weit als das Abkommen vom 10. August 1982 mit der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Unterrichtung beim Bau und Betrieb grenznaher kerntechnischer Einrichtungen (SR 0.732.211.36), wo die jeweils andere Seite sich zu Projekten äussern kann. Jedoch hat die Kommission schon jetzt auf informeller Grundlage drei Sitzungen durchgeführt. Dabei standen Sicherheitsfragen des Superphénix im Vordergrund. Die Information durch die französische Seite erfolgte ausführlich und offen.
4. Die beiden Abkommen sollen baldmöglichst in Bern unterzeichnet werden. Der Vorsteher des EDA ist dazu zu bevollmächtigen.
5. Beide Abkommen können im vereinfachten Verfahren vom Bundesrat abgeschlossen werden. Das Abkommen über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen oder Unglücksfällen mit Briefwechsel ersetzt das Abkommen von 1979 über den Informationsaustausch bei radiologischen Zwischenfällen (SR 0.732.323.49), welches ebenfalls vom Bundesrat im vereinfachten Verfahren abgeschlossen wurde. Wie dieses richtet sich das neue Abkommen einzig an Behörden und legt im wesentlichen die Meldewege für Vorfälle fest, die aufgrund des völkerrechtlichen Nachbarrechts auch ohne besondere vertragliche Grundlage zu melden sind. Dies gilt nicht nur für Unglücksfälle, deren Auswirkungen das Nachbarland berühren können, sondern auch für Vorfälle in Kernanlagen, ohne solche Auswirkungen, die aber bei der Bevölkerung Besorgnis auslösen können. Zumindest unter westeuropäischen Staaten hat sich eine feste Praxis entwickelt, wonach präventiv, zur Beruhigung der Bevölkerung, in solchen Fällen informiert wird, sodass von einer Rechtsüberzeugung und einer entsprechenden Verpflichtung gesprochen werden kann. Die Meldepflicht für Unfälle ist im Artikel 2 des Ueberein-

kommens von 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (SR 0.732.321.1) festgehalten. Das vorliegende bilaterale Abkommen mit Frankreich bildet deshalb auch zu einem grossen Teil eine Ausführungsvereinbarung zum Uebereinkommen von 1986, das von der Schweiz, noch nicht aber von Frankreich ratifiziert ist. Frankreich hat indes- sen notifiziert, dass es das Uebereinkommen anwendet. Als Vollzugsabkommen kann das vorliegende Abkommen mit Frank- reich vom Bundesrat abgeschlossen werden (vgl. auch Bericht "Abschluss von Staatsverträgen" VPB 51 (1987) IV Nr. 58, S. 375 ff).

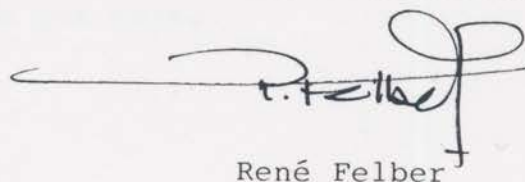
Der Briefwechsel betreffend den Informationsaustausch über Sicherheitsfragen sieht die Einsetzung einer Gemischten Kommission vor, deren Zweck es ist, Informationen über die kerntechnischen Sicherheitsaspekte von Nuklearanlagen aus- zutauschen, worunter auch nicht für die Oeffentlichkeit be- stimmte, vertrauliche technische Details, nicht aber poli- zeiliche Sicherheitsaspekte, insbesondere gegen Sabotage, fallen können. Die Schweiz hat ein ähnliches Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über die Unterrichtung beim Bau und Betrieb grenznaher kerntechnischer Einrichtungen (SR 0.732.211.36) abgeschlossen, das der Bundesversammlung zur Genehmigung unterbreitet worden war. Im Unterschied da- zu enthält der Briefwechsel mit Frankreich kein Mitsprache- recht für den Bau und Betrieb solcher Anlagen, sondern dient nur der Information. Er regelt einzig administrativ- technische Angelegenheiten und ist in seiner Tragweite als blosses Informationsinstrument beschränkt. Er richtet sich an Behörden und nicht Einzelpersonen, erfordert keine ge- setzgeberischen Massnahmen oder finanzielle Aufwendungen. Er fügt sich in das allgemeine politische Umfeld ein und formalisiert die seit längerer Zeit bestehenden Kontakte zwischen den beiderseitigen Sicherheitsbehörden. In Anbe- tracht auch der einjährigen Kündigungsfrist erfüllt er die Voraussetzungen, um vom Bundesrat im Sinn eines Bagatell- vertrags abgeschlossen zu werden (vgl. Bericht "Abschluss

- 5 -

von Staatsverträgen" S. 383). Zudem sieht Artikel 3 des am 5. Dezember 1988 unterzeichneten schweizerisch-französischen Kooperationsabkommens zur friedlichen Verwendung der Kernenergie u.a. vor, dass die beiderseitigen Behörden und Organisationen der nuklearen Sicherheit verstärken sollen.

6. Da der Abschluss des Abkommens und der Briefwechsel in der Kompetenz des Bundesrates liegt, kann das EDA ermächtigt werden, der französischen Seite die Erfüllung der verfassungsmässigen Voraussetzungen zur Inkraftsetzung zu notifizieren.
7. Die Erfahrungen der schweizerisch-deutschen Kommission für die Sicherheit der Kernanlagen zeigen, dass in erster Linie Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich des EVED zu behandeln sind, wobei die Zusammensetzung der Delegationen stark variieren kann, da für die einzelnen Fachfragen die jeweiligen Experten beizuziehen sind. Dementsprechend soll der Vorsteher des EVED ermächtigt werden, den Vorsitzenden der schweizerischen Delegation in der schweizerisch-französischen Kommission zu bezeichnen. Dieser wird von Fall zu Fall die nötigen Experten von Bund und Kantonen sowie der Wissenschaft beiziehen.
8. Der Antrag ist im Einvernehmen mit den Bundesämtern für Gesundheitswesen, Justiz, und Energiewirtschaft bereinigt worden. Diese stimmen zu.
9. Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

Beilagen: 1. Beschlussentwurf

2. Entwurf zum Abkommen über den Informationsaustausch bei Vorfällen oder Zwischenfällen

3. Ergänzender Briefwechsel

4. Briefwechsel über die Einsetzung einer Gemischten Kommission für die nukleare Sicherheit

Zum Mitbericht an:

- Departement des Innern
(Bundesamt für Gesundheitswesen),
- Justiz und Polizeidepartement
(Bundesamt für Justiz),
- Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
(Bundesamt für Energiewirtschaft).

Protokollauszug an:

- Departement für auswärtige Angelegenheiten (Direktion für Völkerrecht) zum Vollzug,
- Departement des Innern (Bundesamt für Gesundheitswesen),
- Justiz- und Polizeidepartement
(Bundesamt für Justiz),
- Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartemente,
(Bundesamt für Energiewirtschaft),
- Bundeskanzlei zwecks Erstellung der Vollmacht.

Abkommen mit Frankreich über den Informationsaustausch bei Zwischenfällen oder Unglücksfällen, die radiologische Auswirkungen haben können, und den Informationsaustausch auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit

Aufgrund des Antrags des Departements für auswärtige Angelegenheiten vom 14. April 1989
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Es werden genehmigt und unterzeichnet:
 - a. Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques.
 - b. Echange de lettres entre le Chef du Département fédéral des affaires étrangères et l'Ambassadeur de France en Suisse sur l'application de l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques.
 - c. Echange de lettres entre le Chef du Département fédéral des affaires étrangères et l'Ambassadeur de France en Suisse sur l'institution d'une Commission mixte franco-suisse de sûreté nucléaire (im Sinne eines Bagatellvertrags).
2. Der Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten wird zur Unterzeichnung bevollmächtigt.
3. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten wird ermächtigt, dem französischen Aussenministerium die Erfüllung der verfassungsmässigen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Abkommens und der Briefwechsel zu notifizieren.
4. Die Bundeskanzlei erstellt die Vollmacht zur Unterzeichnung des Abkommens und der Briefwechsel.

Abkommen mit Frankreich über den Informationsaustausch bei
Wissenschaften oder sonstigen, die radiologische Auswir-
kungen haben können, und den Informationsaustausch mit dem Ge-
biet der nuklearen Sicherheit. (Anhang 1.1.1)

5. Der Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdeparte-
ments bezeichnet den Vorsitzenden der schweizerischen Dele-
gation in der Gemischten Kommission. Dieser ist ermächtigt,
die nötigen Experten von Bund, Kantonen und der Wissen-
schaft beizuziehen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Article premier

A C C O R D

entre le Conseil fédéral suisse
et le Gouvernement de la République française
sur les échanges d'informations
en cas d'incident, ou d'accident
pouvant avoir des conséquences radiologiques

Article 2

Le Conseil fédéral suisse

et

le Gouvernement de la République française,

considérant les dispositions prévues par la Convention internationale sur la notification rapide d'un accident nucléaire, adoptée à Vienne le 26 septembre 1986,

soucieux de développer les liens de confiance mutuelle entre les deux pays et d'assurer l'efficacité de leurs dispositifs respectifs de protection des populations dans les situations d'urgence pouvant avoir des conséquences radiologiques transfrontières,

soucieux de renforcer leur information réciproque sur le fonctionnement de certaines installations nucléaires,

Article 3

Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française, soucieux de développer les liens de confiance mutuelle entre les deux pays et d'assurer l'efficacité de leurs dispositifs respectifs de protection des populations dans les situations d'urgence pouvant avoir des conséquences radiologiques transfrontières, soucieux de renforcer leur information réciproque sur le fonctionnement de certaines installations nucléaires, sont convenus de ce qui suit:

PARIS, le 20 mars 1987

de ZÜRICH, le 20 mars 1987

...../.....

Article premier

Les parties contractantes s'informent mutuellement et sans retard de tout accident pouvant avoir des conséquences radiologiques, survenant sur leur territoire du fait d'activités civiles, et pouvant affecter l'autre pays.

Article 2

En sus des dispositions prévues au titre de l'application de la Convention internationale sur la notification rapide d'un accident nucléaire, adoptée à Vienne le 26 septembre 1986, les parties contractantes instaurent et maintiennent en service un système particulier d'information mutuelle, pour le cas où la situation d'urgence concernerait:

- les centrales françaises du Bugey, de Fessenheim et de Creys-Malville;
- les centrales suisses de Mühleberg, Leibstadt, Gösgen et Beznau;
- le transport de matières radioactives dans les départements français frontaliers de la Suisse et les cantons suisses frontaliers de la France.

Article 3

Des centres d'alerte réciproque sont mis en place en tant que de besoin, du côté français au Centre Opérationnel de la Direction de la Sécurité Civile à PARIS, du côté suisse à la Centrale nationale d'alarme de ZURICH.

Article 4

Les parties contractantes veillent à maintenir la liaison entre ces centres d'alerte. Toute modification intéressant un de ces centres d'alerte et susceptible de modifier les conditions de transmission rapide des informations doit être signalée par ce centre sans délai et par écrit à l'autre centre.

Article 5

Ce système particulier d'information mutuelle doit être en mesure de recevoir et de transmettre vingt-quatre heures sur vingt-quatre les éventuelles informations sur une situation d'urgence pouvant avoir des conséquences radiologiques transfrontières.

Article 6

Dans ce but les réseaux de transmissions nécessaires sont maintenus en état de fonctionnement permanent, leur fiabilité est vérifiée de façon périodique, et les procédures adéquates mises en place pour leur bon fonctionnement.

Article 7

Les informations sur les situations d'urgence qui sont fournies par ces centres d'alerte réciproque doivent comporter toutes les données disponibles permettant d'évaluer le risque, notamment:

- date, heure et lieu de l'événement,
- nature de l'événement,
- caractéristiques de l'émission éventuelle (nature, forme physique et chimique ainsi que, dans la mesure

du possible, quantité de substances radioactives émises),

- évolution prévisible de l'émission dans le temps,
- nature du milieu de transfert (air et/ou eau),
- données météorologiques et hydrologiques permettant de prévoir l'évolution dans l'espace.

Article 8

Les informations sur les situations d'urgence doivent être complétées par les données disponibles sur les mesures prises ou envisagées pour la protection des populations dans le pays concerné.

Article 9

Les indications concernant l'évolution de la situation de part et d'autre, notamment la fin de la situation d'urgence, font l'objet de transmissions complémentaires.

Article 10

Dans une situation d'urgence telle que définie à l'article premier et si, d'un commun accord, les deux parties le jugent opportun, chacune d'entre elles peut désigner une personne ayant le statut de correspondant sur le territoire de l'autre partie. Les parties s'efforcent de faciliter l'accomplissement de la mission de ce correspondant. Il est autorisé à transmettre les informations recueillies aux services concernés de son propre Etat.

Article 11

Pour des situations d'urgence non couvertes par les dispositions de l'article premier, survenant sur le territoire d'une des parties et pouvant entraîner des conséquences radiologiques sur le territoire de l'autre partie, la procédure d'information prévue par les dispositions du présent accord s'applique également, sous réserve que des informations sur les données relevant du secret militaire ne soient pas communiquées.

Article 12

D'autre part, les parties contractantes, soucieuses d'éviter toute inquiétude injustifiée de leurs populations, s'informent mutuellement de tout incident non visé dans l'article premier et susceptible de faire l'objet d'information du public, dès lors qu'il concerne les centrales françaises du Bugey, de Fessenheim et de Creys-Malville et les centrales suisses de Mühleberg, Leibstadt, Gösgen et Beznau.

Article 13

Les modalités d'application de cet accord sont précisées dans un échange de lettres entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française.

Article 14

La compétence des autorités pour l'exécution du présent accord est réglée par le droit interne des Etats contractants.

Article 15

Le présent accord entre en vigueur le jour où les parties contractantes s'informent mutuellement que les conditions internes de sa mise en vigueur sont remplies. Il peut être dénoncé en tout temps par l'une des parties; la dénonciation prend effet un an après avoir été notifiée à l'autre partie.

Sont abrogés, dès l'entrée en vigueur du présent accord, l'Accord du 18 octobre 1979 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques et l'échange de notes des 25 mars 1985 / 15 janvier 1987 entre l'Ambassade de Suisse à Paris et le Ministère français des affaires étrangères, sur l'information concernant le surgénérateur "Superphénix" de Creys-Malville.

En foi de quoi, les représentants des deux Gouvernements, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent accord.

Fait à Berne le
en deux originaux en langue française.

Pour le Conseil
fédéral suisse:

Pour le Gouvernement de la
République française:

LE CHEF
DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Berne, le

Monsieur l'Ambassadeur,

L'Accord du _____ entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques, stipule dans son article 13 que les modalités d'application de l'Accord seront précisées dans un échange de lettres entre les deux Gouvernements.

En conséquence, et afin de veiller à la cohérence entre l'application de l'Accord du _____, et celle de la Convention internationale sur la notification rapide d'un accident nucléaire adoptée à Vienne le 26 septembre 1986, les autorités françaises et suisses sont convenues de préciser les modalités des échanges d'informations entre les deux pays, tant en ce qui concerne les incidents sans conséquences radiologiques mais susceptibles d'inquiéter les populations, que les accidents pouvant avoir des conséquences radiologiques et pouvant affecter l'autre pays.

Ces modalités sont les suivantes:

I - Les dispositions prévues par la Convention internationale sur la notification rapide d'un accident nucléaire adoptée à Vienne le 26 septembre 1986 sont applicables, nonobstant la mise en oeuvre de la procédure spécifique établie par le présent échange de lettres dans ses articles suivants.

S. Exc. M. Jean-Marie MERILLON
Ambassadeur de France en Suisse

Berne

C'est ainsi que, en cas d'accidents nucléaires susceptibles d'avoir pour conséquence des rejets transfrontières de matières radioactives, la notification prévue par l'article 2 de la Convention précitée est effectuée:

- du côté français: par l'entremise du Ministère des Affaires Etrangères (point de contact) sur instructions du Secrétariat Général du Comité Interministériel de la Sécurité Nucléaire (autorité compétente) au point de contact suisse (Centrale nationale d'alarme de ZURICH)
- du côté suisse: par la Centrale nationale d'alarme de ZURICH (point de contact) sur instructions de l'Office fédéral de la santé publique à Berne (autorité compétente) au point de contact français (Ministère des affaires étrangères).

II - D'autre part, ainsi qu'il appert des articles 2 et 3 de l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française, un système particulier d'information mutuelle est mis en place pour les cas spécifiques énumérés ci-dessous:

II.A En cas d'accident à conséquences radiologiques se produisant dans les centrales françaises de FESSENHEIM, du BUGEY, et de CREYS-MALVILLE (donc avec déclenchement en France d'un plan d'urgence), le CODISC (Centre Opérationnel de la Direction de la Sécurité Civile du Ministère de l'Intérieur) est chargé d'alerter la Centrale nationale d'alarme à ZURICH.

II.B En cas d'accident à conséquences radiologiques se produisant dans les centrales suisses de MUEHLEBERG, LEIBSTADT, GOESGEN et BEZNAU, la Centrale nationale d'alarme de ZURICH est chargée d'alerter le CODISC.

- II.C En cas d'accident à conséquences radiologiques survenant au cours du transport de matières radioactives dans les départements français frontaliers de la Suisse (Haut-Rhin, Jura, Doubs, Ain, Haute-Savoie, Territoire de Belfort), le CODISC est chargé d'alerter la Centrale nationale d'alarme de ZURICH.
- II.D En cas d'accident à conséquences radiologiques survenant au cours du transport de matières radioactives dans les cantons suisses frontaliers de la France (Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Soleure, Berne, Jura, Neuchâtel, Vaud, Genève, Valais) la Centrale nationale d'alarme de ZURICH est chargée d'alerter le CODISC.
- III - Pour l'application de l'article 12 de l'accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française, en cas d'incident sans conséquences radiologiques survenant dans les trois centrales françaises et les quatre centrales suisses précitées, l'information initiale se fait directement entre le CODISC et la Centrale nationale d'alarme de ZURICH.
- Des précisions peuvent par la suite être apportées par contact direct entre les autorités compétentes.
- IV - Les échanges d'informations entre le CODISC et la Centrale d'alarme de ZURICH se font en principe en français.
- V - Le bilan de la mise en oeuvre des modalités d'échanges d'informations sera effectué de façon périodique. Le

premier bilan aura lieu un an après l'entrée en vigueur du présent échange de lettres.

- VI - Les listes des instances figurant aux articles I à III, comportant les adresses, numéros de téléphone, télex et télefax, sont jointes au présent échange de lettres. Toute modification sera communiquée à l'autre partie par l'Office fédéral de l'énergie du côté suisse et par le Secrétariat Général du Comité Interministériel de la Sécurité Nucléaire pour le côté français.

Cette lettre et la réponse de Votre Excellence constitueront un accord entre les deux Gouvernements qui entrera en vigueur en même temps que l'Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sur les échanges d'informations en cas d'incident, ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques. Il restera en vigueur aussi longtemps que ledit Accord.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler, Monsieur l'Ambassadeur, l'assurance de ma haute considération.

René Felber

LE CHEF

DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL
DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Berne, le

Monsieur l'Ambassadeur,

Conformément aux dispositions de l'Accord de coopération franco-suisse sur l'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques, signé à Paris le 5 décembre 1988, le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République française sont convenus de contribuer au renforcement de la sécurité des installations nucléaires et à la prévention des effets négatifs sur l'environnement.

I - En conséquence, les deux gouvernements ont décidé d'échanger des informations dans les domaines suivants:

- concept de sûreté et sûreté des réacteurs,
- critères et règles techniques dans le domaine de la sûreté des réacteurs,
- sûreté des autres installations du cycle du combustible et notamment du traitement et du stockage des déchets radioactifs,
- radioprotection,
- étude des scénarios d'accidents.

./.

Der Protokollführer:

S. Exc. M. Jean-Marie MERILLON
Ambassadeur de France en SuisseBerne

Les priorités des sujets à traiter seront définies d'un commun accord. Chaque sujet retenu devra faire l'objet, dans la mesure du possible, d'une présentation réciproque de l'expérience des deux pays.

II - Pour la mise en application de ces dispositions, ainsi que pour le traitement d'autres questions relatives à la sûreté nucléaire et intéressant les deux gouvernements, il est institué une "Commission mixte franco-suisse de sûreté nucléaire".

La Commission mixte est composée de représentants des autorités de sûreté nucléaire et de leurs appuis techniques.

La Commission se donne un règlement intérieur.

Cette lettre et la réponse de Votre Excellence constitueront un accord entre les deux gouvernements.

Cet accord entrera en vigueur à la date de votre réponse. Il pourra être dénoncé en tout temps par l'une des Parties contractantes; la dénonciation prendra effet une année après avoir été notifiée à l'autre Partie contractante.

Je saisis cette occasion pour vous renouveler, Monsieur l'Ambassadeur, l'assurance de ma haute considération.

Protok
 ohne

z.V.	z.
X	